

Vom Regen in die Traufe

Die Regierung hat nach den verheerenden Stürmen auf den Philippinen versagt

Bei den Überschwemmungen und Erdbeben ausgelöst durch die beiden tropischen Stürme *Ketsana (Ondoy)* und *Parma (Pepeng)*, die Ende September und Anfang Oktober 2009 die Philippinen heimsuchten und über 800 Menschenleben forderten, wurde der Situation der Betroffenen von Regierungsseite wenig Aufmerksamkeit entgegen gebracht. Es waren in erster Linie Organisationen und Einzelpersonen aus der Zivilgesellschaft, die Soforthilfe leisteten und die betroffene Bevölkerung am meisten unterstützten.

Bianca Miglioretto

Im Folgenden werde ich einerseits auf das Versagen der philippinischen Regierung und die überwältigende Unterstützung der Zivilgesellschaft andererseits eingehen.

Vier Tage nach den großen Überschwemmungen in Manila durch den Sturm *Ketsana* begleitete ich die Parteiliste der Frauenorganisation GABRIELA (GWP) bei einer Hilfsaktion in San Mateo, einem betroffenen äußeren Stadtviertel von Manila. Die meisten Familien lebten in einfachen Häusern am Flussufer und verloren alles. 50 Familien fanden auf dem überdachten Basketballfeld des Nachbarviertels Zuflucht, auf ausgebreiteten Kartonschachteln und ohne Kochgelegenheit.

Die GWP-Aktion schien gut organisiert. Am Morgen verteilte die lokale Frauenorganisation des betroffenen Armenviertels Essensmarken, je nach Größe der Familie. Als die GWP vor Ort eintraf, waren die 700 Essenspakete innerhalb von 30 Minuten ohne Probleme verteilt. Die GWP war die erste Organisation, die Hilfe brachte. Seit dem ersten Tag nach dem Sturm kochte und verteilte die lokale Frauenorganisation täglich drei

einfache Mahlzeiten aus Gemüse und Reis, den sie von der GWP erhalten hatten.

Hilfe aus der Bevölkerung

Die Aktion der GWP ist nur eine von unzähligen Hilfsaktionen der Zivilgesellschaft. Die großen Medieninstitutionen sammelten und verteilten außerdem Kleider und Lebensmittel. Viele private Firmen spendeten Wasser, Lebensmittel, Unterwäsche oder führten Gesundheitsmissionen durch. Unzählige NGOs und Volksorganisationen waren fast 24 Stunden auf den Beinen und halfen bei Aufräumarbeiten und leisteten psychologische Unterstützung. Spenden kamen aus dem ganzen Land, vor allem aus Regionen, die in früheren Jahren von Stürmen heimgesucht wurden und somit selbst zuvor auf die Hilfe aus Manila angewiesen waren. Zivilpersonen waren oft als erste zur Stelle: Die Medien berichteten über einen jungen Bauarbeiter, der über 30 Personen aus den Fluten rettete, ehe er vor Erschöpfung selbst erkrankte. Ebenso wurde ein Geschäftsmann portraitiert, der erfuhr, dass seine Eltern

Die schweizer Autorin arbeitet seit April 2006 im Rahmen eines Freiwilligeneinsatzes für *Groupe Volontaire Outre-Mer* (www.gvom.ch) bei *Isis International*, einer Frauenorganisation im Bereich Kommunikation mit Sitz in Manila (www.isisinternational.org). Bianca Miglioretto war bei den Stürmen vor Ort und hat sich intensiv mit den Geschehnissen und den öffentlichen Diskussionen über diese auseinandergesetzt. Mehr Informationen zur Autorin und ihrer Arbeit im Bereich Gemeinschaftsradios (Freie Radios) findet man auf ihrer Website (www.tinig.ch).



Nachts im Evakuierungszentrum

Foto: B. Miglioretto

auf dem Dach ihres Hauses in einem Mittelklasseviertel festsaßen. Er kaufte kurzerhand ein Schlauchboot mit Motor und fuhr ins überschwemmte Gebiet. Er war der erste, der zur Rettung der Leute in dieses Viertel kam. Viele der Rettungsaktionen wurden von Zivilpersonen via Mobiltelefone und Internetseiten wie *Facebook* und *Friendster* koordiniert.

Ohne die riesige Soforthilfe von Seiten der Zivilgesellschaft wären die Auswirkungen um einiges schlimmer gewesen. Denn die Regierung hat auf jeder Ebene kläglich versagt. Ein Kommentator im *Philippine Daily Inquirer* schrieb, die Regierung habe *aufgehört* zu regieren. Eine andere Kommentatorin erklärte, der tropische Sturm *Ondoy (Ketsana)* mache auch der Mittelklasse, die sich sonst gerne auf die Regierung verlasse, klar, dass sie im Ernstfall auf sich alleine gestellt sei.

Keine Warnung – eine unvorbereitete Regierung

Fast drei Millionen Menschen sind in Metro Manila und den umliegenden Provinzen vom Sturm *Ketsana* betroffen. 80 Prozent der Provinz Pangasinan wurde durch Parma überflutet und der größte Teil der Reisenernte ist zerstört. *Ketsana* war jedoch bei weitem nicht der schlimmste Sturm, der über die Philippinen hinwegfegte. Die Stürme *Millenium* in 2004, *Reming* in 2006 und in 2008 *Frank* haben deutlich mehr Menschen das Leben gekostet. All diese Stürme und die jährlichen Überschwemmungen in Manila machen die Wichtigkeit von Katastrophenbereitschaft deutlich.

Die philippinische Regierung war jedoch völlig unvorbereitet. Es gab weder eine Überschwemmungswarnung, noch Evakuierungspläne oder Katastropheneinsatzpläne, geschweige denn Rettungsboote oder Helikopter, die auf die Hilferufe hätten reagieren können.

Unzureichende Wettervorhersagen

Die staatliche Wetterstation PAGASA ist laut dem *Philippine Daily Inquirer* eine der am schlechtesten ausgerüsteten Institutionen des Ministeriums für Wissenschaft und Technik (DOST). Nun soll PAGASA im nächsten Jahr das Budget um 15 Prozent gekürzt werden. Auf Grund der Klimaveränderungen sind in der Zukunft mehr und stärkere Unwetter zu erwarten. PAGASA kann dabei nicht einmal die ungefähre Menge der Niederschläge voraussagen. Ihre Warnung in den Medien war bei *Ketsana* völlig unzureichend. Bei *Parma* warnte PAGASA dafür im Übermaß, was zu Panikeinkäufen führte. Seither überschlägt man sich bei der Wetterstation in Superlativen und jeder neue Taifun ist ein »supermega« Sturm, was im schlimmsten Fall dazu führen könnte, dass die Sturmwarnungen von PAGASA in Zukunft nicht mehr ernst genommen werden.

Unverantwortliches Öffnen der Staudammschleusen

Die Betreiber der Angat-, Wawa- und Ipodämme (Stromkraftwerke) nördlich von Manila und des De la Mesa Damms (Wasserreservoir) haben völlig verantwortungslos reagiert, und während der größten Regenfälle unkoordiniert und ohne jegliche Vorwarnung riesige Mengen Wasser abgelassen. Dies führte dazu, dass der Wasserpegel rasend schnell anstieg und sich viele Menschen nur noch auf das Dach ihres Hauses oder, wo vorhanden, in ein höheres Stockwerk retten konnten. Sie mussten all ihr Eigentum den Fluten überlassen. Die Dammbetreiber ließen anschließend verlauten, schuld an den Überschwemmungen seien allein die überdurchschnittlich hohen Niederschläge, nicht das Öffnen der Schleusen. Dass es ohne Probleme auch anders ginge, zeigten dieselben Betreiber vor dem Sturm *Parma*: Sie informierten die Bevölkerung über die Medien, dass sie die Schleusen reguliert öffnen würden und es dadurch zu einer Erhöhung des Wasserspiegels kommen könne.

Die Betreiber/innen der Dämme in den Cordilleras haben nicht aus den tödlichen Erfahrungen in Manila gelernt. Sie haben vor dem Sturm nur minimal Wasser abgelassen — je höher der Wasserspiegel desto mehr Elektrizität und desto mehr Umsatz. Der San Roque Damm, der Auffangbecken für drei weitere Dämme stromaufwärts ist, musste während der stärksten Regenfälle um drei Uhr nachts Wasser ablassen. Dies traf die meisten Menschen unvorbereitet und in völliger Dunkelheit. Hier behaupten die Betreiber nun, sie hätten die Provinzregierung informiert, und dies nachts um drei bei Stromausfall.

Die Frage bleibt, warum die Dämme gebaut werden konnten, ohne gleichzeitig Warnsysteme einzurichten. Warum keine klaren Richtlinien bestehen, wie viel Wasser vor einem Sturm abgelassen werden muss und warum die Verantwortlichen jetzt nicht zur Verantwortung gezogen werden und für die Schäden aufkommen müssen. Ein Vertreter der *Cordillera People's Alliance* äußerte sich hierzu: »Im Kampf gegen den San Roque Damm brachte uns der Protest um. Seit der Damm gebaut ist, raubt er uns das Wasser wenn unsere Felder es am nötigsten brauchen, und wenn wir es am wenigsten brauchen zerstört uns der Damm.« Sogar



Hier gab es keine Überschwemmungswarnung.

Foto: P. Bück

ein Provinzregierungsvertreter gestand ein, dass der Damm Pangasinan nur Nachteile bringe.

Lokale Regierungen überfordert

Obwohl jede lokale Regierung laut Verordnung fünf Prozent ihres Budgets für Katastrophenhilfe einsetzen soll, waren die meisten überfordert mit der Situation. Sie hatten weder genügend Rettungsboote, noch Rettungsteams in Bereitschaft. Es existierten keine Evakuierungspläne, Lebensmittelvorräte oder Sicherheitspatrouillen, die vor Plünderungen schützten. Die große Frage ist: Wie wurde dieses jährliche Budget verwendet? Warum hat der nationale Katastrophenkoordinationsrat nicht schon längst Katastrophenbereitschaftskurse für lokale Beamte durchgeführt?

Elektrizitätswerke reagierten unzulänglich

Mehrere Menschen starben an Stromschlägen. In Tatalon, einem Armenviertel in Quezon City flüchteten die Menschen in die oberen Stockwerke ihrer behelfsmäßigen Holzhütten, entlang eines Baches, der sich in einen reißenden Fluss verwandelte. Ein Kurzschluss verursachte ein Feuer. Den meisten gelang die Flucht über die Dächer, aber acht Kinder und eine schwangere Frau starben. In anderen Vierteln waren es Bewohner/innen, die sich auf Dächer geflüchtet hatten, die den Stromanbieter *Meralco* anriefen, er solle sofort den Strom abstellen, bevor die Fluten die Transformatoren erreichten.

Verantwortungslose Stadtplanung und Umweltzerstörung

Bereits 1977 finanzierte die Weltbank einen Stadtentwicklungsplan für Metromanila, der auf die Gefahr von Überschwemmungen im Marikinal hinwies und entsprechende Gegenmaßnahmen vorsah, wie eine Flutrinne vom Lagunasee direkt ins Meer, ein Abwassersystem mit Rechen, die Verstopfungen verhindern sollen, sowie regelmäßiges Entschlammten des Pasig- und Marikinaflusses. All dem wurde bei der Stadtentwicklung in den folgenden 30 Jahren keine Rechnung getragen. Die Bevölkerung in den Armenvierteln entlang der Flussufer muss jetzt am teuersten dafür bezahlen.

Die Parlamentsabgeordnete von GWP, Liza Maza, sagte in einem Interview, schuld an den Überschwemmungen und Erdbeben seien die massiven Abholzungen in der Sierra Madre und den Cordilleras

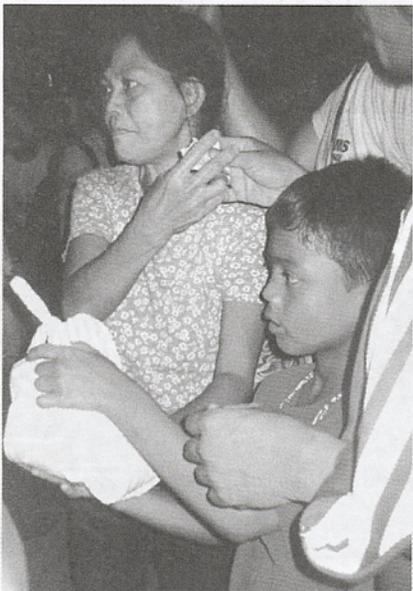
sowie die Umweltzerstörung durch die großen Bergbauminen. Die Regierung erteile derweil weiter bereitwillig Bergbau- und Abholzungskonzessionen ohne Umweltverträglichkeitsprüfung und sie unternehme nichts gegen den illegalen Holzschlag in den geschützten Waldbeständen der Sierra Madre. Dies alles führe dazu, dass die Stauseen sich schneller füllten und die Flüsse verschlammten. Die *Cordillera Peoples Alliance* forderte die Regierung kurz nach dem Sturm *Parma* auf, alle Bergbaukonzessionen auf Umweltverträglichkeit zu überprüfen und, wo nötig, zu entziehen. Es sei auffallend, wie viel mehr und schlimmere Erdbeben sich in Bergbauregionen ereigneten.

Kein Regierungsgeld für Katastrophenhilfe

Während die Präsidentin mit großem Medienaufgebot die Tore des Präsidentschaftspalasts für ein paar 100 Flüchtlinge öffnete, großzügig zwei Monatslöhne für die *Ketsana*-Opfer spendete (rund 2000 Euro) und andere hohe Regierungsleute aufforderte, dasselbe zu tun, befinden sich im staatlichen Katastrophenfond nur noch 27 Millionen Pesos (ca. 360.000 Euro). Mehr Geld müsste erst vom Senat und Kongress bewilligt werden. Die Regierung ruft derweil im In- und Ausland zu Spenden auf, ist aber selbst nicht bereit, notfallmäßig Gelder bereit zu stellen. Wenn Verteilungen von Hilfsgütern durch die Regierung statt fanden, so waren diese nach Einschätzung zivilgesellschaftlicher Organisationen gekennzeichnet durch eine miserable Logistik, die auch zu Handgemengen führte. Mayang Taldo von *Isis International*, die nach dem Sturm unermüdlich in ihrem Armenviertel Essen und Kleider an die *Ketsana*-Opfer verteilte, berichtete, wie die Regierung Essenspakete von einem fahrenden Lastwagen herab verteilte. Es erhielten also nur diejenigen etwas, die es schafften, neben dem Lastwagen entlang zu rennen. Es ist anzunehmen, dass alleinerziehende, stillende oder schwangere Mütter, Kinder oder ältere und behinderte Personen auf diese Art benachteiligt wurden. An einem anderen Ort verlangten Regierungsbeamte 30 Pesos (ca. 50 Cent) pro Essenspaket, von Leuten ohne reguläre Arbeit, die alles verloren hatten.

Kredite statt Starthilfe

Das Sozialministerium, die staatliche Pensionskasse und andere Stellen wie die *Overseas Workers Welfare Administration (OWWA)*¹ bieten den Katastrophenopfern Kredite zu günstigen Konditionen an. Diese Kredite erhalten allerdings nur Menschen mit einer Sozialversicherungsnummer, d.h. Personen, die einen regulären Job haben. Die Mehrheit der betroffenen Menschen arbeitet jedoch im informellen Sektor und ist deshalb von diesem Angebot ausgeschlossen. Die



Warten auf Essenspakete Foto: B. Miglioretto

philippinische Migrant/innenorganisation MIGRANTE kritisierte das Kreditangebot; die Leute müssten bei Null anfangen, sie bräuchten jedoch Starthilfe, keine Schulden.



Stellen sich selbst als »Engel« dar: Politiker/innen helfen eingennützig.

Foto: N. Reese

Reaktion nur nach heftiger Kritik

Präsidentin Gloria Macapagal Arroyo sagte vor den Medien: »Ondoy (Ketsana) brachte uns an die Grenzen unserer Kapazität aber er hat uns nicht gebrochen.« Viele Leute fragen sich, von welcher Kapazität Arroyo sprach, da es der Regierung noch nicht einmal gelang, die Abfallentsorgung zu koordinieren. Die Bewohner/innen säuberten mit Hilfe von Freiwilligen innerhalb weniger Tage ihre Viertel. Die Strassen waren gesäumt von stinkenden Abfall- und Schlammhaufen, die auf die Abfallentsorgung warteten. Erst als von mehreren Seiten auf die Gefahr von Seuchen hingewiesen wurde, nahm der Katastrophenrat die Sache ernst. Ebenso wurde mit der Situation der mangelnden Toiletten in den Evakuierungszentren umgegangen,

in denen sich bis zu 3.000 Personen ein WC teilen. Erst zwei Wochen nach *Ketsana* lancierte die Regierung einen Aufruf an Bauunternehmen, mobile Toiletten zur Verfügung zu stellen.

Effiziente Propaganda

Bei der Propaganda fehlt es der Regierung anscheinend nicht an Geld. Ende Oktober prahlten die städtischen Abfalllaster mit der Aufschrift »Wir säuberten Marikina in nur einem Monat.« Die Regierung und viele Politiker fanden Zeit und Geld, Plastiksäcke mit ihrem Logo oder »Gloria Macapagal Arroyo cares« (kümmert, sorgt sich) zu drucken. Auch fehlte ein großes Plakat, von wem die Hilfe kommt, nie. In der Zivilgesellschaft kursierte der Witz, zuerst komme immer das Plakat, das die Hilfe der Politiker/innen ankündigt, ob die Hilfe selbst dann auch eintreffe sei eine andere Frage.

Klimagerechtigkeit und Umweltbewusstsein

Ist es Zufall, dass, ausgerechnet während der großen Klimakonferenz in Bangkok und in Vorbereitung auf den UNO-Klimagipfel im Dezember in Kopenhagen, in Asien und dem Pazifik eine Umweltkatastrophe die nächste jagte? Deutlicher könnten die Zeichen nicht sein, dass es eines sofortigen Stopps der rücksichtslosen Ausbeutung und Zerstörung der natürlichen Ressourcen bedarf und der Implementierung weitreichender Gegenmaßnahmen.

Anmerkung

- 1) Die OWWA bietet Kredite für die Angehörigen von im Ausland arbeitenden Filipin@s (OFWs) an.

Spenden für die Überschwemmungs- und Sturmopfer in den Philippinen sind nach wie vor wichtig für den Wiederaufbau. **Sie können spenden an:**

Organisation Groupe Volontaires Outre-Mer (GVOM)
 Postcheck-Konto in Lausanne
 Konto Nr.: 10-20968-7
 IBAN: CH 59 0900 0000 1002 0968 7
 BIC: POFICHBEXXX
 Vermerk: »Philippinen«

Alle Spenden gehen direkt und vollständig an die *GABRIELA Women's Party* oder an die *Cordillera People's Alliance* und kommen in erster Linie Frauen und Kindern zu Gute. Sie erhalten eine Empfangsbestätigung von der lokalen Organisation per Post zugeschickt.